

Frage 5

Wie werden Sie das Freisetzungsprogramm fortsetzen, um mehr Exekutivbeamtinnen und -beamte in den Vollzugsdienst zu bekommen?



GdP-Forderung: Zukunftsorientierte Konzepte, die unter Berücksichtigung der fortschreitenden Digitalisierung und des vermehrten Einsatzes moderner Technik ausgerichtet sind. Die Rückführung der bereits abgegebenen bzw. abzugebenden Stellen in die Polizei, da entgegen der ursprünglichen Planung und Berechnung viele Aufgaben nicht wegfallen werden, sondern zu den verbleibenden Tätigkeiten neue Arbeitsbereiche hinzukommen. Sukzessive Verstiegung des Freisetzungsprogramms auf der Grundlage des von der Landesprojektgruppe Verwaltung erarbeiteten Katalogs.



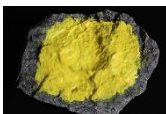
CDU: Wir wollen die Vollzugsbeamten von Verwaltungsaufgaben entlasten, damit sie ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen können. Dazu werden wir ebenfalls zusätzliches Personal einstellen. Dazu gehört auch, sukzessive alle Streifenwagen mit Tablet-Computern auszurüsten. Das ist für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten eine Arbeitserleichterung und Zeitersparnis. Wo es die zunehmende Komplexität der Verwaltungsaufgaben erfordert, werden wir Fachlaufbahnen einführen. Künftig werden in vielen Bereichen, insbesondere in der Informationstechnologie und bei der Polizei, Spezialisten benötigt, die keine Führungs-, sondern Fachkarrieren anstreben.



SPD: Gleichzeitig (zu den unter Punkt 4 genannten Einstellungsmöglichkeiten, Red.) werden wir durch den Einsatz von Fachpersonal die Polizei konsequent von Verwaltungs- und IT-Aufgaben befreien, damit sich Polizeiarbeit wieder auf den Kern ihrer Ermittlungs- und Analysearbeit konzentrieren kann.



B'90/Grüne: Durch die Schaffung von zusätzlichen Einstellungsmöglichkeiten bei den Beamtinnen und Beamten sowie im Verwaltungsbereich müssen in der kommenden Wahlperiode weiter Verbesserungen geschaffen werden. Schon in den letzten Jahren hat das Land wegen der zusätzlichen Herausforderungen durch den Terrorismus und des Cybercrime weitere Experten eingestellt.



FDP: Wir wollen zusätzlich zum 1000er Programm, 300 zusätzliche Verwaltungsstellen schaffen, um Vollzugsbeamte von administrativen Aufgaben zu entlasten.